



## Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 15.04.2020

### Niederschrift

über den **Runden Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2014/2020 am Freitag, dem 14.02.2020, 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

Herr Krücker  
Frau Haseleu

1. Sprecher Katholikenausschuss  
2. Sprecherin Ev. Kirchenverband Köln und Region

Herr Erkelenz  
Frau Heuser  
Frau Hoyer  
Herr Detjen

CDU Fraktion  
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
FDP- Fraktion  
Fraktion Die Linke

Frau Domke  
Herr Naumann  
Frau Bosbach  
Frau Dr. Kühn  
Herr Prölß  
Frau Soesters  
Frau Klesse  
Herr Abeke  
Frau Uellenberg van Dawen

Diakonische Werk  
DPWV Köln  
DRK  
Synagogen-Gemeinde Köln  
Kölner Flüchtlingsrat  
Caritasverband  
Rom e.V.  
Integrationsrat  
Runder Tisch für Integration

Frau Boeck  
Herr Oster  
Frau Kremer-Buttkereit  
Herr Taschenmacher  
Herr Schwarz  
Herr Ludwig  
Frau Munz-Shams

Ausländeramt  
Amt für Integration und Vielfalt  
Amt für Integration und Vielfalt  
Amt für Soziales und Senioren  
Jugendamt  
Amt für Wohnungswesen  
Amt für Wohnungswesen

### Gäste :

Herr Adrian,

Vertreter der Willkommensinitiativen in Köln

**entschuldigt:**  
Thomas Mattern

Polizeipräsidium Köln

**Verteiler**  
Frau Arian

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls  
Protokoll der 74. Sitzung vom 15.11.2019**
- 2 Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln  
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig**
- 3 Bericht zum „Sachstand unerlaubt Eingereiste“  
Ausländerbehörde Köln, Frau Boeck**
- 4 Bericht der Landesinitiative Gemeinsam klappt´s  
Amt für Integration und Vielfalt, Frau Kremer-Buttkereit**
- 5 Vortrag zum „Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln“  
Arbeitsgruppe des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen**
- 6 „Sichere Häfen“ – Weitere humanitäre Maßnahmen der Kommunen  
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster**
- 7 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse**
  - 7.1 Optimierung des gesamtstädtischen Flüchtlingsdatenmanagements  
3827/2019
  - 7.2 Bleiberechtigkeitsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (Ratsbeschluss v. 20.3.2018 - Vorlagen Nr. 0342/2018)  
2875/2019
  - 7.3 Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten – Evaluation Mindeststandards Teil I (Ratsbeschluss vom 06.02.2020, Vorlagen Nr. 2811/2019)  
0408/2020

- 7.4 Evaluation Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung – Teil II, Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes (Ratsbeschluss vom 06.02.2020, Vorlagen-Nr. 3557/2019 )  
0409/2020
- 7.5 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers  
2484/2019
- 7.5.1 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen  
3533/2019
- 7.5.2 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung  
4450/2019
- 8 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1. Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls**

Frau Miriam Haseleu, Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Köln Nippes, stellt sich als 2. Sprecherin des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen vor.

Die Niederschrift der 74. Sitzung des Runden Tisches wird genehmigt.

### **2. Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln**

Herr Ludwig, Amt für Wohnungswesen, informiert über den aktuellen Stand der Situation Geflüchteter in Köln. Die Fallzahl der vom Wohnungsamt untergebrachten Geflüchteten in Köln belaufe sich am 31.01.2020 auf 7358. Die Tendenz sei leicht rückläufig. Herr Ludwig informiert, dass zwei Unterbringungseinrichtungen zum Ende des Jahres mit abgeschlossenen Wohneinheiten bzw. Systembauten mit abgeschlossenen Wohneinheiten eröffnet wurden.

Im ersten und zweiten Quartal würden drei weitere Einrichtungen in die Belegung aufgenommen werden,

- Erbacher Weg in Lindweiler mit 150 Plätzen
- Dürener Straße in Lindenthal mit 50 Plätzen,
- Sinnersdorfer Straße in Roggendorf /Thenhofen mit 240 Plätzen

Reservehaltungen für diese Standorte seien derzeit noch in Überlegung.

75 % der untergebrachten Geflüchteten seien derzeit in geschlossenen Wohneinheiten, Systembauten sowie Ein- und Mehrfamilienhäusern. Die Unterbringungsqualität solle weiterhin beibehalten werden. Es sei beabsichtigt, den Prozentsatz zu halten bzw. auszubauen. Zudem solle eine Reserve von 1500 Plätzen vorgehalten werden.

Der Flüchtlingsrat möchte wissen, ob es im Rahmen des Belegungsmanagements ein Konzept bezüglich der Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Menschen gibt, für den Fall, dass Kapazitäten in den genannten Standorten zunächst nicht genutzt werden.

Herr Ludwig informiert, dass geplant ist, möglichst viele Menschen aus Unterbringung geringerer Qualität in die neuen Einrichtungen zu verlegen. Bei manchen Standorten (bspw. Roggendorf /Thenhofen) werde die Belegungskapazität nicht vollständig genutzt, um so die Akzeptanz in der Umgebung zu erhöhen.

Bei den neuen Bauten sei die Gewährleistung von Barrierefreiheit vorgesehen und alle Rollstuhlfahrer würden adäquat versorgt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Adrian bezüglich der Prüfung der bisherigen Entscheidung des Wohnungsamtes, keine Umzüge von privaten Gegenständen durchzuführen bzw. zu finanzieren, berichtet Herr Ludwig von dem Projekt mit dem DRK, welches den Transport von Umzugsgütern durch das DRK in die neue Unterkunft sicherstellt. Das Projekt solle im Hinblick auf die guten Erfahrungen ausgebaut werden. Trotzdem müsse man den Gleichbehandlungsgrundsatz mit anderen Leistungsempfängern (SGB II, SGB XII, AsylG) im Blick haben, denn auch hier werde Eigeninitiative von Personen verlangt – eine dauerhafte Besserstellung kann daher nicht garantiert wer-

den. Auf bestehende Bedarfe, die unbestritten sind, müsse man selbstverständlich reagieren.

Frau Bosbach regt an, das Thema projektmäßig zu entwickeln mit Einbindung verschiedener Partner, um auch personelle Ressourcen zu erhöhen.

### **3. Bericht zum „Sachstand unerlaubt Eingereiste“, Ausländerbehörde Köln**

Frau Boeck informiert, dass weiterhin in diesem Winter im Vergleich zu den letzten Jahren, niedrigere Vorsprachenzahlen von unerlaubt eingereisten Personen zu verzeichnen sind. Im Januar seien 186 unerlaubt Eingereiste registriert worden. Im Februar belaufe sich die Zahl bislang auf 83 unerlaubt Eingereiste. Knapp die Hälfte dieser Menschen gehe in das Asylverfahren,  $\frac{1}{4}$  in das Dublin-Verfahren und  $\frac{1}{4}$  in das 15A Verfahren – die Zuweisung erfolge nicht unmittelbar in die verschiedenen Kommunen, sondern direkt in eine Landeseinrichtung in Mönchengladbach.

Zu der Anregung des Flüchtlingsrates, die Erstanhörung zu der Identifikation von vulnerablen Personen intensiver zu gestalten, informiert Frau Boeck, dass der Anhörungsbogen nochmal verändert wurde. Vor allem seien die Handlungsanweisungen für die Mitarbeiter nochmal überarbeitet worden.

### **4. Bericht der Landesinitiative Gemeinsam klappt's, Amt für Integration und Vielfalt**

Frau Kremer-Buttkereit, informiert, dass die Umsetzung der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, vorbehaltlich des Ratsbeschlusses im März, zum 01.07.2020 entsprechend der Konzeptionierung starten soll. Das Ende des Projekts sei unverrückbar auf den 30.06.2022 gesetzt worden.

Bislang seien für die Umsetzung erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt und die Ergebnisse in der Bündniskerngruppe abgestimmt worden.

Neben der konkreten Umsetzung der Förderelemente der Landesinitiative, seien auch flankierende Strukturen für den Prozesskontext von großer Bedeutung. Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern und beteiligten Trägern von Projekten wie bspw. das Bleiberechtsprojekt, sollen bezüglich der gemeinsamen Zielgruppe intensiviert werden, so dass die hauptamtlichen Akteure gut vorbereitet sind für ihre Aufgaben.

Angestrebt sei der Aufbau einer Projektstruktur, die über Steuerung, regelmäßige Sitzungen und engem Austausch, sowohl in der Bündniskerngruppe als auch mit anderen Akteuren die Umsetzung gestaltet.

### **5. Vortrag zum „Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln“**

Das Konzept „Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln“ wird von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorgestellt. Die PPP ist dem Protokoll beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen informiert Frau Munz-Shams, dass es kein vergleichbares Konzept in anderen Städten gebe. Der Grund für die Ansiedlung der Koordinator\*innen bei der Verwaltung sei aus fachlicher Sicht, die operative Nähe zu den Kolleg\*innen im Sozialen Dienst.

Der Flüchtlingsrat regt mit Blick auf das Belegungsmanagement an, dass im Falle von Konfliktsituationen eine zeitnahe Flexibilität bei der Unterbringung in andere Einrichtungen hergestellt werden sollte.

Auf Nachfrage bezüglich der Sensibilisierung von Mitarbeiter\*innen hinsichtlich der Sprachbarrieren und kulturellen Hintergründen informieren die Mitglieder der Arbeitsgruppe, dass grundsätzlich alle Mitarbeiter\*innen geschult darin seien, Informationen so niederschwellig wie möglich zu übermitteln. Neben den Aushängen, die in den Einrichtungen standardisiert werden sollen, gäbe es Flyer in leichter Sprache, die wiederum in verschiedene Sprachen übersetzt werden könnten.

Zudem gebe es Projekte in den Einrichtungen wie bspw. Mutter-Kind Cafés, Kindergruppen, wo man das Thema Gewaltschutz einbringen könnte.

Zu der Nachfrage, ob Eltern zum Thema der Kindeswohlgefährdung vor Ort beraten bzw. unterstützt werden, informiert das Jugendamt, dass sie verpflichtet seien, Kinder bei akuten Situation gleichbehandelt zu schützen. Eltern können sich an verschiedene Beratungsstellen wenden, die auch kulturelle und ethnische Unterschiede berücksichtigen und entsprechend beraten. Der Interkulturelle Dienst sei vor Ort Ansprechpartner und zuständig für Erziehungsfragen aus unterschiedlichen Kulturen.

Zum Thema Antidiskriminierung wird informiert, dass alle Sozialarbeiter\*innen verpflichtet seien, Antidiskriminierungstrainings zu absolvieren. Das Thema sei in den Verhaltenskodizes enthalten, die von allen Mitarbeitern mitgezeichnet werden.

Herr Ludwig merkt an, dass die Diskussionen des Runden Tisches in der Arbeitsgruppe nochmal reflektiert werden sollten, um relativ schnell das Thema in die Beratungsfolge der Politik einzubringen.

Herr Abeke weist auf die Minibroschüre von Zartbitter Köln e.V. hin, in der die problematische Begrifflichkeit „Flüchtlingskinder“ mehrmals auftauche. Herr Ludwig informiert, dass die Kontaktaufnahme zum Verein bislang erfolglos sei.

Als formale Beschlussfassung wird ein Konsens des Runden Tisches zu dem Gewaltschutzkonzept festgestellt.

## **6. „Sichere Häfen“ – Weitere humanitäre Maßnahmen der Kommunen, Amt für Integration und Vielfalt**

Herr Oster informiert, dass die Stadt Köln bei dem Bündnis Sichere Häfen weiterhin aktiv mitwirke – es sei angestrebt eine formale Mitgliedschaft mit Blick auf die aktuellen Maßnahmen dem Rat zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

Weiterhin berichtet Herr Oster, dass im vergangenen Jahr die BRD in der sog. Erklärung von Malta sich bereiterklärt habe, 25 % der in Italien und Malta aus Seenot geretteten Geflüchteten aufzunehmen. Von insgesamt 401 in 2019 in Deutschland angekommenen Geflüchteten seien 62 Geflüchtete dem Land NRW zugewiesen und auf die Kommunen verteilt worden - vorrangig auf Kommunen, die ihre Aufnahmequote noch nicht erfüllt hatten. Dies erklärt, warum nachweislich nur ein aus Seenot geretteter Geflüchteter Köln zugewiesen worden sei.

Aktuell habe es im Januar ein Treffen mit 16 Städten der nordrheinwestfälischen Bündnisstädte gegeben. Man habe sich darauf verständigt, dass jede Kommune ein konkretes Aufnahmekontingent einbringt. Der Rat der Stadt Köln habe im Februar auf Vorlage der Stadtverwaltung beschlossen 100 Geflüchtete und 16 unbegleitete Min-

derjährige (2 Gruppen á 8 Kinder/Jugendliche) aufzunehmen, die adäquat und optimal mit entsprechenden Personalressourcen versorgt werden sollen.

Die Stadtverwaltung gehe davon aus, dass die NRW–Kommunen bis März/ April ihre Kontingente einsammeln würden.

Im März werde es ein Treffen der Bündnisstätte auf Bundesebene geben. Weitere Städte aus dem Bundesgebiet hätten bereits signalisiert, sich ebenfalls an dieser Aktion zu beteiligen und Aufnahmekontingente einzubringen.

## **7 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse**

### **7.1 Optimierung des gesamtstädtischen Flüchtlingsdatenmanagements 3827/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **7.2 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (Ratsbeschluss v. 20.3.2018 - Vorlagen Nr. 0342/2018) 2875/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **7.3 Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten – Evaluation Mindeststandards Teil I (Ratsbeschluss vom 06.02.2020, Vorlagen Nr. 2811/2019) 0408/2020**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **7.4 Evaluation Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung – Teil II, Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes (Ratsbeschluss vom 06.02.2020, Vorlagen-Nr. 3557/2019 ) 0409/2020**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **7.5 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers 2484/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **7.5.1 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen 3533/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**7.5.2 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung  
4450/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**8. Verschiedenes**

Frau Arndt wird in der nächsten Sitzung anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen zu den 10 Wahlprüfsteinen informieren, die am 24.01. auf einer Fachtagung des Bündnisses `Köln zeigt Haltung´ zusammengefasst wurden.